

Quelle: <https://www.arbeitssicherheit.de//document/cafdd937-7fcf-3d0c-a497-ad36d4fb75bb>

Bibliografie	
<b>Titel</b>	Sozialgesetzbuch (SGB) Fünftes Buch (V) Gesetzliche Krankenversicherung
<b>Amtliche Abkürzung</b>	SGB V
<b>Normtyp</b>	Gesetz
<b>Normgeber</b>	Bund
<b>Gliederungs-Nr.</b>	860-5

## § 136 SGB V - Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses zur Qualitätssicherung

(1) <sup>1</sup>Der Gemeinsame Bundesausschuss bestimmt für die vertragsärztliche Versorgung und für zugelassene Krankenhäuser grundsätzlich einheitlich für alle Patienten durch Richtlinien nach [§ 92 Absatz 1 Satz 2 Nummer 13](#) insbesondere

1. die verpflichtenden Maßnahmen der Qualitätssicherung nach [§ 135a Absatz 2](#), [§ 115b Absatz 1 Satz 3](#) und [§ 116b Absatz 4 Satz 4](#) unter Beachtung der Ergebnisse nach [§ 137a Absatz 3](#) sowie die grundsätzlichen Anforderungen an ein einrichtungsinternes Qualitätsmanagement und
2. Kriterien für die indikationsbezogene Notwendigkeit und Qualität der durchgeführten diagnostischen und therapeutischen Leistungen, insbesondere aufwändiger medizintechnischer Leistungen; dabei sind auch Mindestanforderungen an die Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität festzulegen.

<sup>2</sup>Soweit erforderlich erlässt der Gemeinsame Bundesausschuss die notwendigen Durchführungsbestimmungen. <sup>3</sup>Er kann dabei die Finanzierung der notwendigen Strukturen zur Durchführung von Maßnahmen der einrichtungsübergreifenden Qualitätssicherung insbesondere über Qualitätssicherungszuschläge regeln.

(2) <sup>1</sup>Die Richtlinien nach Absatz 1 sind sektorenübergreifend zu erlassen, es sei denn, die Qualität der Leistungserbringung kann nur durch sektorbezogene Regelungen angemessen gesichert werden. <sup>2</sup>Die Regelungen nach [§ 136a Absatz 4](#) und [§ 136b](#) bleiben unberührt.

(3) Der Verband der Privaten Krankenversicherung, die Bundesärztekammer sowie die Berufsorganisationen der Pflegeberufe sind bei den Richtlinien nach [§ 92 Absatz 1 Satz 2 Nummer 13](#) zu beteiligen; die Bundespsychotherapeutenkammer und die Bundeszahnärztekammer sind, soweit jeweils die Berufsausübung der Psychotherapeuten oder der Zahnärzte berührt ist, zu beteiligen.

